

Dumschat, Tobias

Research Report

Grundeinkommen als Vehikel für sorgende Gemeinschaften der informellen Altenpflege? Über die Möglichkeit kommunitaristischer Solidarität in einer Grundeinkommensgesellschaft

FRIBIS Policy Debate, No. May 31, 2023

Provided in Cooperation with:

University of Freiburg, Freiburg Institute for Basic Income Studies (FRIBIS)

Suggested Citation: Dumschat, Tobias (2023) : Grundeinkommen als Vehikel für sorgende Gemeinschaften der informellen Altenpflege? Über die Möglichkeit kommunitaristischer Solidarität in einer Grundeinkommensgesellschaft, FRIBIS Policy Debate, No. May 31, 2023, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Freiburg Institute for Basic Income Studies (FRIBIS), Freiburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/280332>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Grundeinkommen als Vehikel für sorgende Gemeinschaften der informellen Altenpflege? Über die Möglichkeit kommunitaristischer Solidarität in einer Grundeinkommens-gesellschaft

Tobias Dumschat*

(Der folgende Beitrag ist aus einem Vortrag hervorgegangen, der im Rahmen des Workshops „Solidarität statt Wettbewerb: Das Bedingungslose Grundeinkommen als Grundpfeiler einer neuen Gesellschaftsordnung?“ in Zusammenarbeit des Freiburg Institute for Basic Income Studies (FRIBIS) mit dem Centrum für Interdisziplinäre Wirtschaftsforschung (CIW) der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster am 20. und 21. März 2023 im Franz-Hitze-Haus in Münster stattgefunden hat. Das Policy Paper ist als Diskussionsbeitrag zu verstehen.)

Vorüberlegungen und Hypothese

Die Idee eines Grundeinkommens stellt unsere heutige Gesellschaft vor eine Vielzahl von Herausforderungen und Fragen. Einer der wesentlichen Vorteile des Grundeinkommens liegt in der Möglichkeit für Menschen, sich von dem Zwang zur Erwerbsarbeit zu befreien, sei es auf dem Arbeitsmarkt oder von staatlicher Seite. Dies kann, wie im ersten Teil dieses Beitrags argumentiert wird, zu einem grundlegenden Wandel führen, da die Bedürfnisse der Menschen nicht mehr ausschließlich durch die Erwerbsarbeit vermittelt werden.

Allerdings sind die Fragen nach der Finanzierung des Grundeinkommens und der Art der Solidarität, die notwendig ist, um ein Grundeinkommen zu ermöglichen, noch nicht vollständig beantwortet. Es gibt Diskussionen darüber, ob Erwerbsarbeit weiterhin der Treiber der Gesellschaft sein muss, um ein Grundeinkommen zu finanzieren, und ob dies zu einem Konflikt mit der Idee des Grundeinkommens

als Instrument der Freiheit und Gerechtigkeit führen könnte.

Im Hinblick auf das Thema des Workshops stellt sich neben der Frage einer Neuordnung der Marktwirtschaft auch die Frage, ob das Grundeinkommen neue Möglichkeiten für Solidaritäten eröffnen kann und wie solche komplementären Solidaritätsstrukturen in der Gesellschaft aussehen können. Die Hypothese, der im Folgenden nachgegangen werden soll, hebt auf solchen potenziellen Solidaritätsstrukturen ab und lautet: Eine Grundeinkommensgesellschaft kann die Basis für kommunitaristische Solidaritätsstrukturen sein, die neben Markt und Staat existieren. Im Zusammenhang mit der Wohlfahrtsaktivität informeller Altenpflege soll kritisch diskutiert werden, ob das Grundeinkommen eine strukturelle Basis für sorgende Gemeinschaften theoretisch bieten kann.

Um die These im weiteren Verlauf zu entfalten, wird zunächst die Idee der kommunitaristischen Solidarität dargestellt. Im Anschluss wird auf die theoretische und empirische Erfassung der Wohlfahrtsaktivität informeller Altenpflege eingegangen und im letzten Schritt zusammenhängend diskutiert, ob das Grundeinkommen ein Boden für kommunitaristische Solidarität im Anwendungsbereich informeller Altenpflege sein kann.

Die Idee von kommunitaristischer Solidarität

Der Kommunitarismus ist eine politische Philosophie, die betont, dass Gemeinschaften und Gemeinwohl von großer Bedeutung sind und Moral und das Verhalten von Menschen von kulturellen und sozialen Normen und Werten ihrer Gemeinschaften beeinflusst werden. Die Idee der Solidarität steht im Zentrum des Kommunitarismus, da Solidarität als eine freiwillige, informelle aber auch funktionale Verpflichtung angesehen wird, die innerhalb von Gemeinschaften entsteht.

Die Idee einer kommunitaristischen Solidarität betont somit die Bedeutung von Gemeinschaften und Gemeinwohl und betont, dass Solidarität auf der freiwilligen Zusammenarbeit und Unterstützung innerhalb einer Gemeinschaft beruht (siehe zur politischen Philosophie des Kommunitarismus: MacIntyre 1981, Sandel 1982, Walzer 1983, Taylor 1989).

Der Bezugspunkt für die hier entfaltete Idee einer kommunitaristischen Solidarität geht auf die soziologische Perspektive von Etzioni (1968, 1997) zurück. Er betont, dass neben dem Markt und dem Staat auch eine bürgerschaftliche Selbststeuerung existieren sollte, die auf moralischen Normen basiert. Etzioni versucht den Unterschied von Gemeinschaft und Gesellschaft durch die Idee eines kommunitaristischen Liberalismus zu überwinden und betont die Bedeutung von Moral und Werten für eine funktionierende Gesellschaft (Reese-Schäfer 2001, Etzioni 1968, Etzioni 1997).

Ganz allgemein kann Solidarität als ein Moment der Hilfe in einer Gesellschaft verstanden werden (Tranow 2012). Ideen und Praxis von Solidarität können vor unterschiedlichen Vorzeichen untersucht werden. Hier sollen die Solidaritätskonzepte unter dem Aspekt ihrer Vermittlung analysiert werden. Solidarität kann u. a. staatlich vermittelt werden, z. B. durch Abgaben, Beiträge und Steuern, die zur sozialen Sicherung verwendet werden, um universelle Leistungsansprüche zu erfüllen. Diese Art der Solidarität kann jedoch auch dazu führen, dass die individuelle Freiheit eingeschränkt wird. Solidarität kann auch marktwirtschaftlich vermittelt werden, wenn beispielsweise Unternehmen ihren Mitarbeiter*innen eine soziale Absicherung bieten. Eine freiwillige und informelle Solidarität kann in Familien, Freundschaften oder Nachbarschaften entstehen. Eine voluntaristische Solidarität kann durch freiwillige Organisationen und gemeinnützige Organisationen erreicht werden (Opielka 2001, 12).

Entscheidend für die weitere Betrachtung ist die Frage nach der Steuerung von Bedürfnissen in

verschiedenen Funktionsbereichen der Gesellschaft. Der Markt wird nach gängigen Vorstellungen durch den Markt-Preis-Mechanismus gesteuert, der eine dezentrale Koordination der Bedürfnisse ermöglichen. Der Staat nutzt hierarchische Organisationen, um Ziele zu setzen und zu sanktionieren. Die solidarische Steuerung beruht auf gemeinsamen Interessen, Normen und Werten und wird durch Kommunikation und informelle soziale Kontrolle gewährleistet (Moralökonomie). Sie funktioniert am besten unter Bedingungen hoher sozialer Homogenität und kann als Wiederentdeckung im Zusammenhang mit der Sozialstaatskritik verstanden werden (Kaufmann 2009). So werden im Sinne eines Wohlfahrtspluralismus neben Staat, Markt und Drittem Sektor auch sogenannte Moralökonomien, wie Familien und solidarische Gemeinschaften berücksichtigt (Evers & Olk 1995).

Kommunitaristische Solidarität und das Grundeinkommen

Überlegungen zur Veränderung der bestehenden Gesellschaftsordnung durch ein Grundeinkommen und der kommunitaristischen Solidarität führen mich zu folgender Hypothese: In einer Gesellschaft mit Grundeinkommen wird sowohl die Freiheit von zwangsmäßiger Erwerbsarbeit als auch von staatlicher Kontrolle als negative Freiheitsgrade stimuliert. Gleichzeitig wird die positive Freiheit als Grundlage für kommunitaristische Strukturen und somit als Freiheit zu solidarischen Strukturen gestärkt, die werteorientiert sind und weder marktwirtschaftlich noch staatlich vermittelt werden.

Wohlfahrtsaktivität der Altenpflege: Zur Theorie und Empirie

Die Wohlfahrtsaktivität beschreibt einen Prozess, bei dem sowohl individuelle Wohlfahrt als auch kollektiver Nutzen miteinander verbunden sind. Es geht darum, die Lebensqualität und das Wohlbefinden von Individuen zu verbessern und gleichzeitig den gesellschaftlichen Nutzen zu fördern. „Wohlfahrt“ kann als eine Problemformel der öffentlichen Kommunikation betrachtet

werden, da sie sich auf die Vermittlung zwischen individuellen Lebensformen und der Entwicklung des Gemeinwesens bezieht (Kaufmann 2009, S. 271; Kaufmann spricht von Wohlfahrtsproduktion).

Die Altenpflege bezeichnet die Pflege und Betreuung von älteren Menschen, die aufgrund von körperlichen oder geistigen Einschränkungen nicht mehr in der Lage sind, ihren Alltag alleine zu bewältigen. Die Altenpflege umfasst dabei verschiedene Bereiche wie die Unterstützung bei der Körperpflege, Ernährung, Mobilität, aber auch die psychosoziale Betreuung und die Unterstützung im Umgang mit Erkrankungen und medizinischen Maßnahmen. Die Altenpflege kann sowohl informell durch Angehörige und Freunde als auch formell durch professionelle Pflegekräfte erfolgen. In der professionellen Altenpflege werden in der Regel Pflegekräfte mit einer speziellen Ausbildung eingesetzt, die auf die Bedürfnisse älterer Menschen spezialisiert sind. Die Altenpflege hat in den letzten Jahren aufgrund der demografischen Entwicklung und des steigenden Bedarfs an Pflegeleistungen an Bedeutung gewonnen (siehe dazu Derrer-Merk et al. 2013).

Die Wohlfahrtsaktivität der Altenpflege bezieht sich nun auf den Prozess der Erbringung von Pflegeleistungen für ältere Menschen, der sowohl individuelle als auch kollektive Wohlfahrt umfasst. "Wohlfahrtaktivität" bezeichnet hier den gleichzeitigen, Mehrebenen-Prozess, bei dem eine Vielzahl von Personen und Organisationen, einschließlich des Staates, der Erwerbswirtschaft und des Wohlfahrtssektors sowie der Privathaushalte, beteiligt sind. Das Ziel der Wohlfahrtsproduktion der Altenpflege ist es, die individuelle Lebensqualität und das Wohlbefinden älterer Menschen zu verbessern, während gleichzeitig der kollektive Nutzen der Gesellschaft berücksichtigt wird. Die Altenpflege bezieht sich auf die berufliche und bezahlte Übernahme von Tätigkeiten, die älteren Menschen helfen, die täglichen Verrichtungen auszuführen, die sie aufgrund ihres Alters nicht mehr selbstständig bewältigen können.

Wohlfahrtsaktivität der Altenpflege: Zur Empirie

Aktuell gibt es in Deutschland etwa 4,96 Millionen Pflegebedürftige, wobei die Pflegequote zwischen 2,5 und 6 Prozent variiert. Der Anstieg der Pflegequote seit 2015 lässt sich durch den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff erklären, der auch Demenzerkrankungen einschließt. Die Wahrscheinlichkeit, pflegebedürftig zu werden, korreliert stark mit dem Alter, was sich auch in den Pflegequoten nach Altersgruppen zeigt. Des Weiteren werden Prognosen zur zukünftigen Anzahl der Pflegebedürftigen erstellt. Ein großer Teil der Pflegebedürftigen wird zu Hause versorgt, wobei ein erheblicher Anteil von pflegenden Angehörigen betreut wird. Auch die Beschäftigtenzahl in Heimen und ambulanten Diensten wird erfasst. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die informelle Pflege, bei der insbesondere pflegende Angehörige eine zentrale Rolle spielen (siehe dazu Destatis 2022, Destatis 2023).

Caring Communities als Teil der Moralökonomie der Altenpflege

Ein gesellschaftlicher Funktionsbereich der Moralökonomie der Altenpflege wird als „Caring Community“ bezeichnet. Dabei geht es um sorgende Gemeinschaften und ihre Bedeutung für die Pflege und Betreuung von Pflegebedürftigen. Neben der reinen Grund- und Bedarfspflege übernehmen sorgende Gemeinschaften auch hauswirtschaftliche und betreuungsbedürftige Aufgaben. Die ambulante Pflege deckt nur einen kleinen Teil des Bedarfs, der Rest muss von den pflegenden Angehörigen übernommen werden. Dabei ist die physische und psychische Belastung für die Pflegenden oft höher als bei der Normalbevölkerung. Studien nennen Bedarfe in Bereichen wie professioneller Beratung, sozialen Netzwerken und finanzieller Sicherheit. Diese Hilfe und Unterstützung kann sich jedoch nicht nur auf die Pflegebedürftigen direkt beziehen, sondern auch auf die pflegenden Angehörigen. Ein wichtiger Aspekt von sorgenden Gemeinschaften ist auch die sozialraumorientierte Solidarität und die Einbeziehung neuer Konzepte wie Nachbarschaft

oder gemeinschaftliches Wohnen. (siehe dazu Klie 2013). Es geht dabei also um eine Perspektive auf Zivilgesellschaft als bürgerschaftliche Selbststeuerung und als Form der Vergesellschaftung im Bereich der Moralökonomie, beruhend auf geteilten Werten und Normen.

Diskussion: Trägt ein Grundeinkommen ein kommunitaristisches Potenzial für sorgende Gemeinschaften?

Die Frage hier ist, inwiefern ein Grundeinkommen das Potenzial hat, sorgende Gemeinschaften zu fördern. Die Argumentation lautet, dass kommunitaristische Solidaritätsstrukturen neben Markt und Staat in einer Grundeinkommensgesellschaft entfaltet werden können. Dabei wird auf die bereits bestehende Moralökonomie hingewiesen, die heute vor allem in Familien, in der Wahlverwandtschaft, im Ehrenamt und in der Nachbarschaftshilfe existiert.

Die These lautet, dass das Leitbild des Kommunitarismus als liberaler Ansatz, der auf selbstorganisierter Gemeinschaft statt auf Markt und Staat ausgerichtet ist, die Möglichkeit bietet, sorgende Gemeinschaften zu fördern, die sich mit den Lebensnotwendigkeiten in freier Verantwortung und Freiwilligkeit auseinandersetzen. Hierbei spielt das Subsidiaritätsprinzip als Ordnungsprinzip eine wichtige Rolle, da es die Eigenverantwortung vor dem Eingriff des Staates priorisiert und gleichzeitig die Förderung der Eigenverantwortung durch den Staat vorsieht. Das Unterstützungsgebot durch das soziale Recht eines Grundeinkommens eingehalten. Es muss dennoch betont werden, dass freiwillige Solidarität nicht erzwungen werden kann und vor der Überwältigung durch Markt und Staat geschützt und unterstützt werden muss.

Allerdings bleiben auch einige offene Fragen und Spannungen sichtbar. Zum einen gibt es ein Spannungsfeld zwischen den Systemlogiken des Marktes und freier Solidarität/kommunitaristischer Strukturen, bei dem der Staat in Konflikt geraten kann und der Markt gestärkt werden muss, gleichzeitig dem

Subsidiaritätsprinzip Rechnung getragen werden, die Verantwortung in die Hände der Menschen zu legen. Weiterhin stellt sich die Frage nach der Finanzierung, die durch eine solidarische Form sichergestellt werden soll, aber was passiert, wenn sich solidarische Gemeinschaften nicht mehr beteiligen? Wie werden die unterschiedlichen Produktionssphären koordiniert? Auch die Messung des Wohlstands und die Diskussion der Wohlfahrt werden thematisiert. Schließlich gibt es weitere soziale Fragen, die durch die Schaffung von Caring Communities entstehen, wie die partikularen Interessen der Gemeinschaften vs. universalistische Normen und Gesetze, die Frage nach der sozialen Sicherung und die Möglichkeit der Exklusion von Menschen, die nicht allen Bedürfnissen gerecht werden können.

Einordnung der These in den bisherigen Grundeinkommensdiskurs

Die hier dargestellte These wurde bisher nur an wenigen Stellen diskutiert. In einem Sammelband zur internationalen Diskussion dieser Fragen argumentiert Jordan (1992), dass ein Grundeinkommen als Subsistenzsicherung für Menschen dienen könnte, die unbezahlte Gemeinschaftsarbeit leisten möchten oder von jenen genutzt werden könnten, die eine Genossenschaft gründen möchten. Das Argument ist nur teilweise kommunitaristisch, weil Jordan der Ansicht ist, dass ein Grundeinkommen darin bestehe, jedem Individuum eine gleichwertige Ressourcenzuteilung zu geben, die auf die Steigerung seiner Autonomie abzielt (Jordan 1992, 171ff.).

Etwas anders argumentiert Opielka (2008), in dem er den Wohlfahrtsstaat als eine Form der gesellschaftlichen Gemeinschaft darstellt und vorschlägt, das Konzept von Gemeinschaft und Bedarf zu modernisieren, um ein positives Verständnis des Grundeinkommens zu fördern. Aus einer Perspektive der Gerechtigkeit betont Opielka, dass das Prinzip der bedarfsgerechten Gerechtigkeit die Grundlage für solidarisches Handeln sei, das durch Signaturen wie "Kommunitarismus", "kommunikatives Handeln",

"Lebenswelt" oder "Bürgergesellschaft" betont werden könne (Opielka 2008, 1269ff.).

Abschluss und offene Frage

Der Beitrag hat versucht, einige Argumentationslinien und Zusammenhänge zu verdeutlichen für die Frage, wie sich Grundeinkommen auf die informelle Altenpflege auswirken könnte. Dabei würde insbesondere das Konzept des Kommunitarismus angeführt. Unter dem Stichwort der Caring Communities werden diese Möglichkeiten aktuell diskutiert. Ähnliche Überlegungen zu anderen gesellschaftlichen Funktionsbereichen, wie etwa die gemeinschaftliche Versorgung mit Lebensmitteln im Sinne einer solidarischen Landwirtschaft, weisen in diese Richtung.

*Tobias Dumschat ist Doktorand der Caritaswissenschaft und Stabsmitglied am FRIBIS. Er ist Koordinator des FRIBIS Teams Care.

Literatur

Derrer-Merk, E., Strauch, I., Schwarz, S., Möckl, M. & Vernbro, G. (2013). Prüfungswissen Altenpflege. Elsevier GmbH Urban & Fischer Verlag: München.

Destatis (2022a). Anzahl der Pflegebedürftigen in Deutschland in den Jahren 1999 bis 2021 (in 1.000) [Graph]. Online: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2722/umfrage/pflegebeduerftige-in-deutschland-seit-1999/?locale=de> (Zugriff am 16. März 2023).

Destatis (2023a). Pflegequote nach Altersgruppen 2021. Online: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Hintergruende-Auswirkungen/demografie-pflege.html> (Zugriff am 16.03.2023).

Etzioni, A. (1968). *The Active Society: A Theory of Societal and Political Processes*. Free Press: New York.

Etzioni, A. (1997). *The New Golden Rule: Community and Morality in a Democratic Society*. Basic Books: New York.

Jordan, B. (1992). Basic Income and the Common Good, In: van Parijs, P. (Hrsg.) *Arguing on Basic Income: Ethical Foundations for a Radical Reform*, S. 154-177, Verso: London.

Kaufmann, F.-X. (2009). *Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Klie, T. (2013). Caring Community - Leitbild für Kirchengemeinden in einer Gesellschaft des langen Lebens?. In: *KIRCHE im ländlichen Raum*, S. 16-21.

MacIntyre, A. (1981). *After Virtue: A Study in Moral Theory*. University of Notre Dame Press: Duckworth.

Opielka, M. (2001). Familie und Familienpolitik. In: Franz-Michael, K. (Hrsg.). *Kindheit und Familie - Beiträge aus interdisziplinärer und kulturvergleichender Sicht*, S. 227-247, Wasmann: Münster.

Opielka, M. (2008). Gesellschaft für alle - Grundeinkommen als positive Freiheit. In: *UNIVERSITAS Orientierung in der Wissenswelt*, Nummer 750, S. 1261-1271.

Reese-Schäfer, W. (2001). *Amitai Etzioni: Zur Einführung*. Junius: Hamburg.

Sandel, M. (1998). *Liberalism and the Limits of Justice*. Cambridge University Press: Cambridge.

Taylor, C. (1989). *Sources of the self: The making of the modern identity*. Harvard University Press: London.

Tranow, U., 2012: *Das Konzept der Solidarität. Handlungstheoretische Fundierung eines soziologischen Schlüsselbegriffs*. Wiesbaden: Springer VS.

Walzer, M. (1983). *Spheres of justice: a defence of pluralism and equality*. Robertson: Oxford.